



# Barthle-Brief

Nr. 21

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

16.1.2015

Thema der Woche:

## **„Ein Angriff auf die freie und offene Gesellschaft!“ Bundestag gedenkt der Opfer der Terroranschläge in Paris**

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr war überschattet von den Terroranschlägen vom 7. Januar in Paris. So gedachten die Abgeordneten zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Donnerstag der Terroranschläge in Frankreich. „Unsere besondere Solidarität gilt in diesen Tagen unseren französischen Freunden. Unser tiefes Mitgefühl ist bei allen Angehörigen der Getöteten und den vielen Verletzten“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert vor seinen Kollegen, die sich im Gedenken an die Opfer von den Plätzen erhoben. Zugleich unterstrich Lammert, man müsse die Werte der westlichen Demokratie, die längst universelle Werte der Menschheit geworden seien, gemeinsam verteidigen und ihre Gegner entschlossen bekämpfen: „Die Idee der unantastbaren Würde des Menschen wird am Ende stärker sein als ihr ideologisch verblendeter Hass.“ 17 Menschen seien skrupellos ermordet, andere zum Teil lebensgefährlich verletzt worden – Journalisten, Künstler und Polizisten, unter ihnen ein Muslim, sowie vier Franzosen jüdischen Glaubens. Der Mordanschlag von Paris habe nicht allein einer bestimmten Zeitung und den Menschen, die sie machen, sondern der Freiheit der Meinung und der Presse gegolten: „Es war ein demonstrativer Angriff auf die freie und offene Gesellschaft, auf unsere geschriebene und ungeschriebene Verfassung, unsere Überzeugungen und unsere Werte.“ Die demonstrativ erhobenen Stifte und Plakate als Zeichen für das freie Wort, die millionenfach geteilte Parole „Je suis Charlie“, „Ich bin Journalist, bin Jude, bin Polizist, bin Ahmed“ vermittelten die unmissverständliche Botschaft: „Nous sommes tous Charlie.“ Wir alle sind gemeint.

Man werde sich nicht einschüchtern lassen und nicht die Prinzipien aufgeben, die seit der französischen Revolution gemeinsame Grundlage der europäischen Zivilisation geworden sind: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wenn es Freiheit geben solle, müsse sie für alle gelten. Wenn es Gleichheit geben solle, müsse sie für alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten bedeuten, unabhängig von Herkunft, Glaube und Geschlecht. Wenn Brüderlichkeit mehr sei als ein Wort, müsse sie sich in Solidarität ausdrücken „für die Schwächeren, die Ärmern, die Benachteiligten in unseren Gesellschaften“, betonte der Präsident. Freiheit sei nur möglich, wenn Zweifel erlaubt ist „an dem, was wir kennen, was wir gelernt haben, was wir wissen, zu wissen glauben, was wir zu glauben gelernt haben“. Der Zweifel sei der Zwillingbruder der Freiheit. Ohne Zweifel an tradierten Positionen und Kritik an bestehenden Verhältnissen gebe es weder Fortschritt noch Freiheit. Deshalb habe die Freiheit der jeweils eigenen Meinung, der Rede, der Kunst und nicht zuletzt der Presse eine „herausragende Bedeutung für die Lebensbedingungen in unseren demokratisch verfassten Gesellschaften“. Man werde sie von niemandem zur Disposition stellen lassen, so Lammert unter dem Beifall des ganzen Hauses. Diese Entschlossenheit brauche es über den Tag hinaus, denn die Bedrohung sei real, jederzeit und überall. „Wir werden in Staat und Gesellschaft stärker als bisher vorbeugend handeln müssen, wollen wir verhindern, dass junge Männer und auch Frauen für den Islamismus und Dschihadismus anfällig werden, frustriert, verblendet und verführt von Deutschland aus für eine menschenverachtende Ideologie in einen gottlosen Krieg ziehen.“

In diesem Sinne sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung für die umstrittene Vorratsdatenspeicherung aus. Der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht hätten „den Rahmen beschrieben, in dem eine Regelung der Mindestspeicherfristen für Kommunikationsdaten erfolgen kann“. Angesichts der „parteiübergreifenden Überzeugung aller Innenminister von Bund und Ländern“, solche Fristen zu brauchen, sollte darauf gedrungen werden, dass dazu zügig eine überarbeitete EU-Richtlinie vorgelegt wird, um sie dann in deutsches Recht umzusetzen.

Zur Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung sagte der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder, alle „für die Sicherheit relevanten Persönlichkeiten“ forderten verbesserte Möglichkeiten, Kontaktdaten zu prüfen und daraus Erkenntnisse zu erzielen. Dabei sei die Vorratsdatenspeicherung kein Präventions-, sondern ein Ermittlungsinstrument. Man müsse sich damit befassen, ob man eine solche Möglichkeit in den verfassungsrechtlichen Grenzen nutzen wolle.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

### Ausreise Gewaltbereiter verhindern

Die Anschläge vom 7. Januar 2015 auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris hätten „auf bedrückende Weise“ gezeigt, dass es mehr denn je darauf ankomme, „unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung entschlossen und nachhaltig mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen den internationalen Terrorismus, Fanatismus und Radikalisierung zu verteidigen“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Auftakt der halbstündigen Regierungsbefragung an diesem Mittwoch. Daher habe die Bundesregierung in der heutigen Kabinettsitzung den Gesetzentwurf zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes beschlossen. Ziel sei es, das Reisen von Personen, die die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten, zu verhindern. Bereits nach geltendem Recht sei es möglich, Personen, die

schwere, staatsgefährdende Gewalttaten vorbereiteten, den Reisepass zu entziehen. Mit dem neuen Gesetz sollten nun gewaltbereite Dschihadisten mit deutscher Staatsangehörigkeit, die lediglich einen Personalausweis benötigen, um aus Deutschland in andere Länder des Schengen-Raums auszureisen, effektiver kontrolliert werden. „Wir müssen sicherstellen, dass kein Zweifel darüber besteht, ob ein Personalausweisbesitzer ausreisen darf oder nicht“, erläuterte de Maizière das Ziel des Gesetzentwurfs. Die betreffende Person bekomme einen Ersatz-Personalausweis, auf dessen Rückseite in mehreren Sprachen vermerkt sei, dass der Inhaber des Dokuments nicht berechtigt ist, Deutschland zu verlassen.

Thomas Strobl, CDU/CSU-Fraktionsvize und unter anderem für innere Sicherheit zuständig, hält diese Änderung für einen sehr wichtigen Punkt, um die Terrorgefahr in Deutschland einzudämmen. In einem Interview erläuterte er weitere Anti-Terrormaßnahmen, die auf dem Fahrplan von CDU und CSU stehen: „Zunächst werden wir das Terrorismusstrafrecht verschärfen und damit einer Forderung der Union nachkommen. Wir können nicht hinnehmen, dass junge Menschen in Terrorcamps reisen, um sich dort ausbilden zu lassen, deshalb wird künftig schon der Versuch einer solchen Ausreise bestraft. Genauso müssen wir die Hürden senken, um die Finanzierung des Terrorismus zu bestrafen. Auch über weitere Maßnahmen wie etwa die Terrorismusbekämpfung im Internet wollen wir vorbehaltlos reden.“

Vom Deutschlandfunk auf das Thema Vorratsdatenspeicherung angesprochen sagte er: „Wir haben ja in der Union bereits vor Paris gesagt, dass wir dieses Instrument brauchen. Schauen Sie: Alle Sicherheitsbehörden, alle Polizeien, alle, die etwas davon verstehen, darunter im Übrigen auch alle Innenminister der SPD – das gilt für den SPD-Innenminister in Baden-Württemberg genauso wie für den SPD-Innenminister in Nordrhein-Westfalen –, sagen, wir brauchen dieses Instrument, um schwerste Straftaten aufklären zu können, und auch, um schwerste Verbrechen abwehren zu können. Das gilt im Übrigen nicht nur für den Terrorismus, sondern das gilt etwa insbesondere auch für einen so schrecklichen Bereich wie die Aufklärung von kinderpornografischen Straftaten.“

Und ich finde, wir sollten das endlich ernst nehmen, was uns unsere Polizei und was uns unsere Sicherheitsbehörden sagen, und deswegen bleibt das Thema für die Union auf der Tagesordnung.“

### Bundeshaushalt 2014 ohne neue Schulden

Über den ersten Bundeshaushalt ohne neue Schulden seit dem Jahr 1969 debattierten die Fraktionen des Bundestages am 14. Januar in der Aktuellen Stunde „Bundeshaushalt 2014 ohne neue Schulden“.

Norbert Barthle, Haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, richtete seinen Dank für den „großartigen Erfolg der deutschen Fiskalpolitik“ an zwei Personen: An Finanzminister Wolfgang Schäuble, der Weitblick und Überblick gezeigt und die Ausgabenwünsche gedeckelt habe. Und an die Bundeskanzlerin, die internationalem Druck standgehalten habe. Sie müsse sich nun nicht mehr mit der schwäbischen Hausfrau vergleichen: „Die schwäbische Hausfrau kann sich ein Beispiel nehmen an Angela Merkel.“ Barthle griff die Diskussion um „Spielräume“ auf, wie nun die Republik „noch schöner, noch angenehmer, noch sozialer“ gestaltet werden könne. Dem setzte er seine Mahnung entgegen, „Linie zu halten“ und bei tatsächlichen Spielräumen lieber Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen und Rücklagen zu bilden.

### Zitat

«In den schlimmen Stunden, die Paris und die Franzosen zwischen Mittwochmittag und Freitagnachmittag der letzten Woche durchlitten, ging es um zwei der großen Übel unserer Zeit, die nicht immer, aber häufig Hand in Hand gehen: um mörderischen islamistischen Terrorismus und Antisemitismus, den Hass auf Juden. Wir gedenken heute hier im Bundestag der 17 bei diesen Anschlägen ermordeten Menschen.»

*(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in einer Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Frankreich.)*